

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und Feiertage.

Abonnementspreis für Danzig monatlich 50 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abtheilungen und der Expedition abgeholt 20 Pf.

Wortführerpreis 50 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, Briefträgerbefreiung 1 Mk. 40 Pf.

Druckkosten der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Weiterhagerstraße Nr. 4.

XV. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Interenten - Kassa
Weiterhagerstraße Nr. 4.
Die Expedition ist zur
Entnahme von Interenten
mittags von 8 bis 10 Uhr
mittags 7 Uhr geöffnet.
Kundm. Annoncen-Ge-
schäften in Berlin, Hamburg,
Frankfurt a. M., Stettin,
Breslau, Dresden N. u.
Koblenz, Wiesbaden, Köln
und Bielefeld. M. Steiner,
G. H. Dörfler & Co.
Emil Reimer.
Interenten für 1 halbes
Jahr 50 Pf. Bei größerem
Auftrag zu Nachtheilung
Kassat.

Staats- und Eisenbahn-Finanzien in Preußen.

Die jüngst beendete zweite Beratung des Eisenbahngesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus hat den Reformminister Thielens den Anlaß gegeben, mit Genugthuung auf nicht unwesentliche Verbesserungen im weiten Bereiche seiner Verwaltung zu verweisen. Die Brutto-Einnahme hat den Betrag einer Milliarde überschritten und doch gestaltet sich der Betriebscoefficient noch von Jahr zu Jahr günstiger. Im Jahre 1883/84 verkehrten die Ausgaben 73,80, jetzt nicht mehr 58 Proc. der Einnahmen. Die Ausgabewirtschaft ist in ein vernünftiges System gebracht. Das Geld wird nicht nur deshalb verausgabt, weil es etatsmäßig bewilligt ist, sondern lediglich, wenn es einem Verkehrsbedürfnis entspricht. Die Erneuerungen am Oberbau und an den Betriebsmitteln reichen über den durch Abgänge gebotenen Ersatz hinaus. Alle Aufträge dieser Art ergeben jetzt an deutsche Unternehmer, nur die Holzschwellen lassen sich noch nicht im Lande selbst beschaffen, doch werden vermehrte Versuche mit Buchenschwellen gemacht. Die Verwaltung ist reorganisiert und vereinfacht, auf die überflüssigen Beamten im inneren Dienst wird verzichtet, Schreibwerk wird durch mündliches Verfahren ersetzt. Die Directionsbezirke sind besser eingerichtet. Das Rechnungswesen ist übersichtlicher geworden und noch manches andere Schöne und Gute läßt sich berichten, — nur leider die Hauptsache fehlt: die Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß die Eisenbahnverstaatlichung in erster Linie eine volkswirtschaftliche Maßregel sein sollte, und die Entschlossenheit, das Mittel zu diesem Zweck zu wahren, nämlich die reinliche Scheidung der Eisenbahn von den allgemeinen Staatsfinanzen. In dieser Hinsicht bietet, wie die „Nat.-lib. Corresp.“ des Nördens ausführt, der Rückblick auf die eben beendete zweite Beratung des Eisenbahn-Etats lediglich Betübendes und Widerstreitendes dar. Man weiß sich schließlich nicht mehr zurechtzufinden.

Nachdem Minister v. Maybach das Eisenbahnreferat abgegeben hatte und auch die Aera Scholz in der preussischen Finanzverwaltung ihr Ende erreicht hatte, befand man sich der heutigen Thatsache gegenüber, daß die Betriebsrente der Staatsbahnen in Preußen von Jahr zu Jahr zurückging. Der Rein-Uberschuß ging von 1889/90 zu 1891/92 von 156 auf 99 Millionen Mark zurück. Im Jahre 1888, bei 133 Millionen Uberschuß, hatten ernsthafte Finanzkündige gemahnt, eine reinliche Scheidung etwa derart zu vollziehen, daß die Staatskasse ein für alle Mal 130 Millionen sicheren Antheil an der Eisenbahnrente haben sollte. Was darüber hinaus vereinnahmt wurde, sollte zu Zwecken der Melioration, der Tarif-Reform und der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen für die Eisenbahn selbst frei werden, in zweiter Linie auch für Anlegung eines Reservefonds und für geordnete Schulden-tilgung. Die Ausführung des Gedankens scheiterte an dem Widerstand der Finanzverwaltung, da man sich in absteigender Bewegung befand. Der Vorschlag wurde erneuert, als die Senkung ihren tiefsten Stand erreicht hatte. Inzwischen waren auch das Finanz-, wie das Eisenbahnportefeuille in andere Hände übergegangen. Auch jetzt wurde wiederum activer und passiver Widerstand geleistet; derartige Reformen könnten nur in guten Zeiten beschlossen werden.

Nun hat die Eisenbahn nicht nur gute, nein, außerordentlich gute Zeiten, so gute, daß der Eisenbahnminister die Auseinandersetzung mit den Staatsfinanzen kaum wünschen kann. Der Reinüberschuß geht weit über die 200 Mill. hinaus, bis zu 240, und wenn die reinliche Scheidung käme, müßten zu Staatszwecken weit mehr als 130, vielleicht alle 240 Millionen oder noch mehr festgelegt werden. So leicht man also verstehen könnte, wenn die Eisenbahnfinanzverwaltung gegen die Auseinandersetzung sich anstimmte

würde, so wenig versteht man, daß die allgemeine Staatsfinanzverwaltung jetzt nicht zugreift. Das Eisenbahngesetz, das in Aussicht steht, will nur die Nebensachen ordnen: die Amortisation und die Schaffung eines Reservefonds. Jene Bestimmung einer festen Grenze, innerhalb derer die Eisenbahnverwaltung freie Hand haben soll, im Interesse volkswirtschaftlicher Zwecke zu reformieren, soll ausgesprochenemassen nicht getroffen werden. Wann dann aber die Eisenbahn dazu kommen kann, ihre Beamten besser zu besolden, an eine Tarifreform heranzutreten, vor allem die Rohstofftarife zu verbilligen, nothwendige Erneuerungsarbeiten an Güterbahnhöfen u. s. w. durchzuführen, das mögen die Weisesten nicht mehr zu ergründen im Stande sein.

Ehe es zu spät ist, sollte unseres Erachtens in Preußen ein erster Schritt zu Reformen geschehen, der im Interesse eines sehr großen Beamtenkreises, im weitesten volkswirtschaftlichen Interesse längst hätte geschehen sollen. Und zwar wäre es der Sache dienlicher, wenn die Regierung diesen Schritt in dem vorbereiteten Eisenbahngesetz gleich vorschläge, statt ihn von der Landesvertretung in das Gesetz nachträglich ein-schreiben zu lassen.

Politische Tageschau.

Danzig, 3. März.

Reichstag.

Vor schwach besetztem Hause begann am Montag die erste Beratung des Zuckersteuergesetzes, welches am Bundesrathliche die Staatssecretäre Dr. v. Bötticher und Graf Posadowsky, Finanzminister Dr. Miquel, Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein, der Bundesratsbevollmächtigte für Bayern, Graf Lerchenfeld, und später der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der erst während der Sitzung erschien, bewohnten. Die Debatte leitete mit einer einsündigen Rede ein

Schatzsecretär Graf Posadowsky: Die Vorlage ist bereits vor Monaten illegitim veröffentlicht worden. Seitdem schwankt ihr Charakterbild in der Polemik. Man hat sogar eine Proscriptionsliste angelegener Männer aufgestellt, welche bei diesem Gesetzentwurf interessiert sein sollten. Die Vorlage ist geeignet, die Concurrenzfähigkeit der deutschen Zuckerindustrie gegen die ausländische zu stärken. Redner betonte, daß die Vorlage gleichzeitig fiskalische Zwecke verfolgt. Die heutige Preissteigerung des Zuckers ist wesentlich speculativen Ursprungs. Die Angaben über eine starke Minderproduktion auf Cuba sind übertrieben. Die Prämien sind nur dann wirksame Kampfmittel, wenn sie hoch genug bemessen sind; die Contingentierung ist ein nothwendiges Correlat jeder Prämienemährung, sie bedeutet kein Verbot der Mehrproduktion, sie ist vielmehr nur ein Mittel, den Rübenbau für die Contingentierung lohnend zu machen. Die landwirtschaftliche Opposition gegen das Gesetz gehe nur von den technischen Seiten der Fabriken aus. Redner empfahl die Betriebssteuer und schloß, wie er sagt, mit der unangenehmen Ueberraschung für die Gegner der Vorlage, daß die süddeutschen Staaten sich einmüthig für eine mäßige Erhöhung der Prämie ausgesprochen hätten. Ein Theil hat ferner erklärt, daß er den Grundlagen des Gesetzes sympathisch gegenübersteht. Andere Staaten hätten die Vorlage abgelehnt, weil die vorgeschlagenen Prämien zu hoch bemessen seien und ein Staat sich gegen die Contingentierung erklärt. Keinesfalls aber ist für ein ablehnendes Votum der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, daß man kein oder nur ein geringes Interesse an der Zuckerindustrie habe. Ich hoffe auf eine Verständigung.

Abg. Richter (freis. Volksp.) bekämpfte in anderthalbstündiger Rede die Vorlage. Durch dieselbe wird die Gefahr der Ueberproduktion gesteigert. Es handelt sich um eine Belastung des Consums um 55 Millionen, wovon 41 Mill. der Zuckerindustrie und 14 der Reichskasse zu gute kommen. Im Detailverkehr wird das kilo mindestens um 10 Pf. im Preise steigen. Der Antrag Rantig ist bescheiden zu nennen gegenüber dieser ungehörigen Vorlage. Mecklenburg und Oldenburg haben gerade im landwirtschaftlichen Interesse gegen den Entwurf gestimmt. Auf der Ciste der Zuckerfabrikbesitzer stehen die reichsten Leute. Redner legt dar, daß die Preissteigerung keineswegs eine solche Vorlage rechtfertige. Die Zuckerfabrikanten stehen mit einer Ausnahme über pari und solche Unternehmungen sollen wir noch sub-

ventioniren? Redner wendet sich gegen die Betriebssteuer und die Contingentierung und schloß: „Wer es mit der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie wohl meint, vereinigt sich mit uns, um das Zustandekommen des verbliebenen Gesetzes zu verhindern.“

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein protestirt gegen die Andeutung Richters, daß sich auch ein Minister unter den Zuckerinteressenten befinde. Ich fühle mich nicht getroffen; auf meinem Grundbesitz wird kein Rübenbau betrieben. Ich glaube, auch nicht auf den Gütern der anderen Minister. Ich lege auch Verwahrung gegen den Vorwurf ein, daß die Regierung sich von hochstehenden Personen hat leiten lassen.

Abg. Graf Bismarck (b. h. Fr. conf.) tritt für die Vorlage ein. Dieselbe verfolgt eine richtige Tendenz. Redner macht seine Zustimmung jedoch von Amendirungen abhängig. Es dürfe auch nicht die Ursache der Zuckerüberproduktion übersehen werden, nämlich das Unthun der Körnerbauern. Ohne Contingentierung, die man allerdings auf 27 Millionen Doppelcentner bemessen haben wolle, geht es nicht. Die Erhöhung der Verbrauchsabgabe halte er für eine vorübergehende. Redner verwirft die Betriebssteuer.

Abg. Spahn (Centr.) erklärt, das Centrum steht der Vorlage nicht als Gegner gegenüber, ebenso wenig aber auch sympathisch. Bei einer Erhöhung der Verbrauchsabgabe ist die Contingentierung nothwendig. Falls die Betriebssteuer eingeführt wird, müssen die größeren Fabriken stärker besteuert werden. Ich hoffe, daß ein brauchbares Gesetz zu Stande kommt.

Alsdann wurde die Verhandlung auf morgen verlag.

Abg. Richter bemerkte noch, daß er auf einen Minister Bezug genommen habe, sei nur geschehen in Folge des Zwischenrufs „Minister“. Er habe weder den Minister v. Hammerstein im Auge gehabt, noch ein anderes Mitglied des Staatsministeriums, noch einen Staatssecretär.

Berlin, 2. März. Das Zustandekommen des Zuckersteuergesetzes gilt in parlamentarischen Kreisen nach wie vor als sehr zweifelhaft, da Centrum und Conservativ gespalten stimmen werden. Vom Centrum soll die eine Hälfte für, die andere gegen die Vorlage sein.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus schloß am Montag die Beratung des Cultusgesetzes fort, ohne dieselbe aber zu beenden. Dem Cultusminister wurde sein Gehalt noch immer nicht bewilligt. Die Discussion, welche an den entsprechenden Staatsrat anknüpfte und an der sich die Abgeordneten Frhr. v. Seibitz (freis.), Jajdewski (Pol.), Richter, Schwärze (Centr.), Loë (Centr.), v. Cyprien (nat.-lib.), Dr. v. Hegebrand (conf.), Röden (Centr.) und Dasbach (Centr.) betheiligten, drehte sich wieder um die Klagen der Polen und des Centrums, um das Schulgesetz und veränderte Fragen.

Cultusminister Dr. Boffe erklärt, die Regierung hat keinen Grund, ein so gut functionirendes Gesetz wie das über die Verwaltung der Kirchenvermögen zu ändern. Er betont ferner die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Ordensgesetzes und wendet sich auch wieder gegen die polnische Agitation in Oberschlesien.

Abg. Richter stimmte ihm zu. Oberschlesien ist deutsch und muß deutsch bleiben. Redner weist darauf hin, daß Stöcker am Sonntage nicht mehr der alte freibare Mann gewesen sei, der gegen die Juden losgehe. Bezüglich Stöckers Vorschlag, eine Volksabstimmung über das Schulgesetz vorzunehmen, reiche er ihm die Hand (Heiterkeit), aber Herr Stöcker irre. Wie die letzten Reichstagswahlen zeigten, würde die Majorität gegen das Schulgesetz über 300 000 betragen. (Beifall links.)

Die „uferlosen Marinepläne“.

„Berlin, 3. März. Die Budgetcommission des Reichstages begann heute die Beratung des Marineetats und bewilligte eine Reihe Forderungen, darunter den Ersatz „Friedrich des Großen“ gegen 4 Stimmen. Im Laufe der Debatte wurde sodann die Agitation für die „uferlosen Marinepläne“ zur Sprache gebracht. Der Staatssecretär des Reichsmarineamts Holmann gab die Erklärung ab, er könne sich der Erklärung, die der Staatssecretär Frhr. v. Marschall früher gegeben habe, nur anschließen; es handle sich nicht um subjective Marineliebsabereien. Weder Dr. Peters, noch Hugenberg seien von der Regierung ermächtigt,

„Fräuleinchen, hier liegt noch eine Schleife, gehört die noch dazu? wohl in's Haar?“ unterbricht Minna den Gedankengang Thosca's. „Wo denkst Du hin, nur keine Schleife in's Haar, welches dadurch ja verdeckt wird und garnicht recht zur Geltung kommt! Und meins kann sich ruhig sehen lassen!“ ruft Thosca übermüthig aus und greift nach der Schleife, um sie mißbilligend zu betrachten.

„Was ist denn das für ein Ungeheuer, jedenfalls von der Modistin aus Versehen mit in den Carton gelegt!“

Es ist eine große Schmetterlingschleife, von einem harten Rosa, ganz anders als die Farbe des Kleides und jedenfalls von einer Taillengarnitur herrührend.

Thosca hält sie sich spielend ans Haar.

„Wie eine Ohreule!“ kritisiert sie. „Was so eine einzige Schleife doch machen kann, wie sie die reine Form des Kopfes entstellt, die sonst geschwungenen Linien unterbricht, wie geschmacklos, trotzdem sie die Farbe der Freude, des Frohsinns trägt!“

Thosca will die Schleife bei Seite legen, hält aber, wie von einem plötzlichen Gedanken erfaßt, inne, starrt eine Weile sinnend vor sich hin und befestigt dann doch mit lächelndem Munde die so geschmacklos und allerdings recht unschöne Schleife im Haar; sie verdeckt die Hälfte des Kopfes fast und Thosca sieht damit aus, wie sie noch nie ausgehen hat, nämlich unvortheilhaft und unfein.

„Ich will eine Probe machen!“ spricht Thosca bei sich selber. „Diese Schleife soll mir helfen,

so zu sprechen, wie sie es gethan hätten. Er legte Verwahrung dagegen ein, daß ein Marineoffizier in Gegenjah zum Reichskanzler gebracht werde. Auch die übrigen Vermuthungen, die an die Reden der beiden Herren geknüpft wurden, Auflösung des Reichstages etc., seien vollständig grundlos. Die Marinevorlage sei noch im Gange, die Verhandlungen würden geführt unter Mitwirkung des Reichskanzlers, das gebe doch eine sichere Gewähr für die Beruhigung. Staatssecretär Freiherr v. Marschall schloß sich diesen Erklärungen an und fügte hinzu, daß Regierungsrath Hugenberg bereits zur Verantwortung gezogen sei. Abg. Richter wies darauf hin, daß v. Soden-Bibrans Name auch genannt worden sei, worauf Staatssecretär Holmann sagte, er habe zwar keine Controle über den Chef des Marinecabinetts, er glaube aber nicht, daß derselbe sich so geäußert habe, das sei für einen Marineoffizier unmöglich.

Niederlage der Italiener.

Eine für die Italiener überaus traurige und verhängnißvolle Kunde bringt heute der Telegraph aus Massaua. Die Italiener sind endlich zur Offensive übergegangen, nachdem man eine solche längst erwartet hatte; sie haben den Feind in der Nähe von Abua angegriffen und sind — geslagen worden, um dann weit nach Massaua hin zu retiriren. Die Hiobspost lautet folgendermaßen:

Massaua, 3. März. (Tel.) Die „Agenzia Stefani“ meldet: Die Italiener griffen am 1. März die Schoaner in drei Colonnen an. Die linke Colonne unter General Albertoni traf die ganze schoanische Armee bei Abba Garima, mußte sich aber unter Beistand der Centrumscolonne zurückziehen. Die Schoaner umgingen die Italiener rechts und links. Die gesammte italienische Macht zog sich hinter Belesa zurück. Wegen Terrainschwierigkeiten ging die ganze Gebirgsartillerie verloren. Die Verluste sind unbekannt.

Abba Garima liegt ganz in der Nähe von Abua, ein wenig östlich nach Abigrat zu, von wo die Italiener amarrirten. Belesa (auf den Karten auch Bolasa genannt) liegt nordöstlich von Abua; der Weg von Abua bis dahin ist ebenjeweils wie nach Abigrat und wiederum von hier nach Belesa, so daß die Orte Abigrat, Abua und Belesa ungefähr die Ecken eines gleichseitigen Dreiecks bilden. Belesa liegt nahe bei Gubda Gubdi, dem Schlachtfeld fürchbaren Ange-denkens, bei dem im Jahre 1875 eine ägyptische Armee eine vernichtende Niederlage durch die Abessinier erlitt. Die Entfernung zwischen Belesa und dem Schlachtfeld Abba Garima beträgt nur einige 50 Kilometer, ein trauriger Beweis dafür, wie weit sich der Rückzug der Italiener erstreckte und — wie schwere Niederlage gewesen sein muß. Sie sind jedenfalls von der Ueberzahl der Gegner überflügelt, umfaßt und fast erdrückt worden. Der Rückzug ist offenbar überhaupt nur knapp noch gelungen. Unter welchen Bebrängnissen er sich vollzogen, das beweist der Verlust der gesammten Gebirgsartillerie.

Ob die Italiener bei Belesa Halt machen und dem wahrscheinlich nachdrängenden Feinde die Spitze bieten wollen und können, ob sie dem Rückzug weiter fortsetzen werden oder müssen, diese Fragen vermag man an der Hand der bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht zu beantworten. Auch darüber, wieviel Blut geflossen, welche kassenden Lücken in die Reihen der braven und doch wiederum geschlagenen italienischen Soldaten gerissen sind, schweigt der Telegraph nach. Aber die Aufklärung wird bald kommen. Wir fürchten, sie wird sehr betrübend lauten und tiefe Trauer wird sich unseres Bundesgenossen jenseits der Alpen bemächtigen. Die Gegner der Politik Italiens am rothen Meere werden von neuem gegen die Regierung Sturm laufen angesichts dieser fort-

meine wahren Freunde und Freundinnen heute zu erkennen, denn nicht nur die Damen, sondern auch unsere modernen Herren sind ja alle so sehr verständlich in jeder Toilettenangelegenheit und müssen daher sofort bemerken, daß mich die Schleife ungünstig kleidet und der Gipfel der Geschmacklosigkeit ist, besonders da die Abendgesellschaft nicht allzu groß! Nun will ich aber sehen, wer von Allen mir die Wahrheit sagen wird, von selber oder auf directe Fragen hin, denn daran werde ich dann diejenigen erkennen, welche aufrichtigen Herzens und freundschaftlich-beforgt um mich sind! Das wird nebenbei ein famoler Spaß! Lebhaft kann ich mir denken, wie sich Alle heimlich mokiren werden und doch Niemand mir direct seine Meinung sagen, Niemand sich den Mund wird verbrennen wollen, wie meine j. g. Freundinnen mir gerne diesen Mißgriff gönnen, und wie Alle trotzdem mir schmeicheln und süße Elogen sagen werden, denn ich bin ja eben die reiche Thosca Candrée! — „So, Minna, Dein Rath war gut, ich nehme die Schleife doch — sie sieht doch gut aus?“

„Na, eigentlich nicht, sondern wie so 'ne Dornrose bei 'ner alten Frau — aber wenn Fräuleinchen meinen, Fräuleinchen müssen das besser wissen!“ sagt Minna halb freimüthig, halb verlegen. „Nichts weiß ich besser, als daß Du eine alte ehrliche Seele bist — und nun reiche meinen Mantel — es kann losgehen!“ ruft Thosca

(Fortsetzung folgt.)

Mit der Schleife im Haar.

Von Anna Treichel.

(Nachdruck verboten.)

1) Thosca Candrée, das gefeiertste Mädchen der Stadt, schön, jung, reich und tonangebend in allen Toilettenangelegenheiten, stand vor dem hohen Spiegel in ihrem Ankleidezimmer und prüfte mit kritischen Blicken den Gesamteindruck ihrer bereits zu einer Abendgesellschaft geschmückten Persönlichkeit.

„Spiegeln, Spiegeln an der Wand, wer ist die Schönste in diesem Land“, lächelte Thosca schelmisch, und der gefragte Freund schmunzelte dagegen: „Du bist es, Herrin mein!“

Ja, Thosca konnte zufrieden sein, denn die rosa Seidentoilette, funkelndes, soeben dem jugendlichen Carlton entnommen, kleidete sie herrlich, die Falten des Rockes fielen brillant, die spitzenumwogte Taille ließ die jugendliche Gestalt voll zur Geltung kommen, der Feberscher, welcher an seinem Reithen zur Seite hing, paßte genau in seiner Farbe zu der des Kleides, und die weißen spangengeschmückten Arme, der schöne Hals und das graciöse Köpfchen mit den kraus-üppigen Haarwellen und verführerischen Augen waren labellos, süß, berauschend, was weiß ich!

„Gehe ich hübsch aus, Minna?“ fragte Thosca das neben ihr stehende Mädchen, denn man hört ja die eigene Zufriedenheit doch so gern aus anderem Munde noch bestätigen und selbst das Compliment eines Ehemannes von der Straße

hat noch Werth für das Herz einer Festeskönigin und wenn es auch nicht anders lauten sollte als: „Ach, Ede, das is 'ne Feine!“

„Wie ein Engel!“ versicherte Minna mit bewunderndem Glinsen. „Fräuleinchen werden wieder Alle heute ausfallen!“

„Meinst Du?“ sagt Thosca zerstreut, denn ihre Gedanken weilen gerade bei ihm, dem Einen, Einzigen und ach, doch so kalten, Stollen, — Hubert Sellig!

„Wie ist er so männlich und trübschön!“ denkt Thosca mit einem leisen Seufzer, „und wie habe ich ihn lieb, wenn ich's mir auch nie merken ließ — oder sind meine Augen doch manchmal zu Verräthern geworden? Was gelten mir alle die Anderen, Dich, nur Dich schähe ich hoch, trotzdem Du Dich, wenn auch Alle sich mir beugen, kein einziges Mal vor mir geneigt hast in zerfließender Bewunderung, eclatanter Huldigung! Selbst wenn Du mir die Hand küßtest, beugtest Du nicht den steifen stolzen Nacken herab, sondern Du jogst sie hinauf zu Deinen Lippen!“ „Auf die Hände küßt die Achtung!“ sagt freilich der Dichter — „aber man kann doch dahinein ein wenig Liebe und Zärtlichkeit legen, und die habe ich doch herausgeführt, wenn Du auch bisher zu eigen warst, sie mir zu gestehen, denn auch Du hast mich ja lieb, ich kann es nicht anders glauben! Warum faßt Du mich sonst manchmal so festlich an, als wolltest Du meine Seele erforschen? Gleichgiltigkeit thut das doch nicht! Und ich verzage nicht, ich werde Dich mir doch gewinnen!“ —

Dauernden Mißerfolge und der fatalen jezt be-
kannnt merdenden Thatsache, daß die Kosten des
Zeldzuges bis zum 31. Mai achtzig Millionen
betrugen und die Regierung noch eine Be-
willigung von sechzig Millionen verlangt.
Das sind in der That für das finanziell nichts
weniger als günstig situierte Italien gewaltige
Opfer. Aber wie die Dinge jezt stehen und
nachdem die ganze militärische Ehre auf's Spiel
gesetzt ist, wird man nicht umhin können, neue
Opfer an Geld und Blut zu bringen, neue und
große Verstärkungen abzusenden, um die Scharte
auszuweichen und den siegreich vordringenden
Regus zurück- und niederzuwerfen, oder sei es
auch nur — um zu retten, was noch zu retten ist

Die Chancen der Zuckersteuervorlage

Sind nach wie vor sehr zweifelhaft, wenn
auch die Hoffnungen der Freunde der Vor-
lage, sie in einer abgeänderten Form zu Stande
zu bringen, nach der Rede des Centrums-Abge-
ordneten Spahn etwas gestiegen sind, aber eben
nur etwas. Wenn man vollends die Aussichten
des Gesetzes nach den leeren Kassen des Reichs-
tages beurtheilen wollte, könnte man es ohne
weiteres zu den Toten legen. Aber wenn
dieser Maßstab auch nicht ohne weiteres zutreffend
ist, so muß man doch sagen, daß die Theilnahme
oder vielmehr der Mangel an Theilnahme in
einem solchen Gegenstand steht zu den An-
strengungen der Herren Nordhoff u. Gen., die
Vorlage sobald als möglich zur Berathung zu
bringen.

Die schlüpfrig der Boden ist, auf dem der
Entwurf sich bewegt, ließ die einleitende Be-
antwortung des Reichsschatzsekretärs Grafen Po-
dowski erkennen, der eigentlich nur den
Grundgedanken verteidigte, mit Gründen, welche
seit der illegitimen Veröffentlichung der Bundes-
rathsvorlage in der Presse und in Versamm-
lungen selbst der Interessenten so und so oft
widerlegt worden sind. Neu war nur die Mit-
theilung, die süddeutschen Staaten hätten im
Bundesrath gegen das Gesetz gestimmt, weil die
Ausfuhrprämien zu hoch seien. Selbstverständ-
lich, die süddeutschen Staaten haben an der Con-
tingentirung der Production und an der Be-
triebssteuer kein directes Interesse, da ihr An-
theil an der Production sehr gering ist und
so größeres Interesse haben sie, zu ver-
hindern, daß die süddeutschen Consumen-
ten ihren Zucker höher versteuern sollen, da-
mit die norddeutschen Producenten die
höheren Prämien beziehen können. Graf Po-
dowski aber fand die Prämie von 4 Mk. sogar
noch sehr niedrig, weil er die französische auf
7-8 Mk. berechnete. Wäre das richtig, so müßte
man fragen, wie es komme, daß die französische
Zuckerindustrie die deutsche auf dem Weltmarkt
nicht schon längst überholt hat? Von den Rednern
aus dem Hause sprachen, wie schon gemeldet, die
Abg. Richter, Graf Herbert Bismark und Spahn
vom Centrum. Für die Vorlage, wie sie ist,
sprach Niemand. Graf Bismark vertrat die Ab-
änderungsvorläge des Landwirthschaftsraths,
gab aber die Betriebssteuer preis. Spahn hatte
nichts dagegen, daß die Zuckerproduction con-
tingentirt wird; aber von der Erhöhung der
Zuckersteuer wollte er nichts wissen und dabei
sahen er im Namen der Mehrheit des Centrums
zu sprechen. Immerhin wird man nicht voreilig
über das Schicksal der Vorlage urtheilen dürfen.
Was in der Commission geschieht, kann man
nicht wissen; aber wenn das Ergebnis ein
negatives sein sollte, wird der zweiten Berathung
im Plenum die Regierungsvorlage zu Grunde ge-
legt werden und dann ist es immer noch nicht
ausgeschlossen, daß ein Compromiß zu Stande
kommt. Wahrscheinlich ist das freilich nicht. Je
größer das Contingent, um so niedriger muß die
Ausfuhrprämie sein, wenn die Verbrauchssteuer
nicht noch weiter erhöht oder die Reichskasse in
Anspruch genommen wird. Je niedriger aber die
Ausfuhrprämie ist, um so geringer ist das
Interesse der Zuckerproducenten, sich einer Be-
schränkung der Production zu unterwerfen.

Die „Gewährsmänner“ der Flottenagitatoren.

Der Regierungsrath Hugenberg, von dessen
Prophezeiungen und Drohungen in Sachen der
Flottenverstärkung wir Notiz genommen haben,
hat als seinen Gewährsmann den Vorsitzenden
des „Alldeutschen Verbandes“, Reichstagsabg.
Hafse, genannt. Dieser bestreitet nun in einer
Zuschrift an das „Leipz. Tagebl.“, daß „einer der
höchsten Marineoffiziere“ ihm gegenüber von einer
200 Millionen-Forderung für Marineverke, von
einer Reichstagsauslösung und einem Kanyle-
wechsel gesprochen habe. Der „Alldeutsche Verband“
habe keine Veranlassung, an einer gegen den

Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gerichteten Be-
wegung sich zu betheiligen.

Hierzu stimmen also Herrn Hugenbergs An-
gaben nicht. Andererseits nennt die „Frankf.
Ztg.“ den Chef des Marinecabinet, Contra-
admiral v. Soden-Bibran, Flügeladjutanten des
Kaisers, als denjenigen, auf den Dr. Peters
u. Genossen bei ihrer Agitation für ungemessene
Flottenvermehrung berufen. — Jedenfalls wäre
es sehr angelegentlich, bei den demnächstigen Be-
rathungen der Budgetcommission des Reichstages
über den Marineetat die mit der Flotten-
vermehrung getriebene Agitation, an der auch
Staatsbeamte sich betheiligen unter die Lupe zu
nehmen.

General v. Stosch.

Ueber den verstorbenen General v. Stosch, der
namentlich auch bei uns in Danzig in gutem An-
denken steht, bringen die meisten Blätter an-
erkennende Nachrufe, auch die conservative „Aren-
zeitung“, welche u. a. das in den wärmsten
Ausdrücken ehrender Anerkennung abgefaßte
Schreiben Kaiser Wilhelms I. abdruckt, welches
Stosch seiner Zeit bei seinem Abschied erhielt.
Nur die Bismarckschen „Berliner N. Nachr.“
enthalten einen unfreundlichen Artikel, der den
Gegenstand zwischen Stosch und Bismarck besonders
heraushebt. Es heißt darin u. a.:

General v. Stosch gehörte zu denjenigen Militärs,
denen die Anwesenheit des Kaisers im Hauptquartier
und seine Zuziehung zu militärischen Berathungen
seitens des Königs im höchsten Grade unerwünscht und
unbequem war. Bei Ausbruch des Krieges von 1870
erklärte General v. Stosch schon auf der Fahrt des
großen Hauptquartiers von Berlin nach Mainz, es sei
dafür gesorgt, daß dergleichen nicht wieder vor-
kommen werde. Er befand sich in dieser Beziehung auch in
einem Gegensatz zum Kriegsminister General v. Roon.

Der Bruch zwischen dem Fürsten und Stosch
wurde schließlich dadurch herbeigeführt abge-
sehen von der abnehmenden Leistungsfähigkeit
(nicht übel! D. Red.) der Marine. Daß General
v. Stosch bei der Aufstellung des Etats
von 1882 gegen den Reichskanzler und den
Schatzsekretär mit aller Energie und unter An-
rufung des Kaisers Positionen verteidigt habe, die er
nachher in der Budgetcommission gegenüber der ersten
ablehnenden Rede des Herrn Richter fallen ließ. Wenn
freilich diese Blätter behaupten, General v. Stosch habe
beim Kronprinzen als Nachfolger des Fürsten Bismarck
gegolten, so kann dies für die letzte Marine-
Stosch-Geschichte-Roggenbrot zurechnen, die sich als eine
Camarilla für den Kronprinzen Hof organisiert hatte.
Ob General v. Stosch sich selbst das mögliche Geschick
zur Führung der Reichsgeschäfte zutraute, ist eine nicht
weiter zu erörternde Frage. Wahrscheinlich wäre seine
Amtsführung auch nur eine Aera Caprioli geworden.

Auf die hier wiederholten und auch früher
schon in der Presse oft genug besprochenen Ver-
muthungen, daß General v. Stosch unter der
Regierung Kaiser Friedrichs III. der Nachfolger
Bismarcks geworden wäre, wollen wir hier nicht
eingehen. Auch wir haben diesen Combinationen
ebenso wenig Bedeutung beigelegt, wie der be-
kannten Verschönerungs-Legende. Aber wir
möchten auch bemerken, daß das genannte Ber-
liner Blatt hier über den Anlaß des Bruches
zwischen Bismarck und Stosch zutreffend berichtet.
Der Kaiser hat bekanntlich das Abschiedsgesuch
des Generals v. Stosch zuerst abgelehnt und erst
als er es dringend wiederholte, genehmigt. Man
wird jezt wohl bald Authentisches darüber er-
fahren. Soweit uns erinnernlich ist, stand das
Abschiedsgesuch des Generals v. Stosch im Zu-
sammenhang mit Organisationsfragen.

Ueber die letzten Stunden des Generals
v. Stosch wird der „Post. Ztg.“ aus Destrich
geschrieben: Trotz seiner 78 Jahre erfreute sich
der Verblühene bis zum letzten Tage seines
Lebens einer außerordentlich guten Gesundheit.
Sein Tod ist allen ganz unerwartet gekommen.
Nach am Tage vor seinem Tode nahm v. Stosch
die Einladung eines Freundes in Geisenheim zum
Mittagsmahal für den folgenden Tag an. Morgens
3 Uhr erkrankte er in Folge heftiger Magen-
krämpfe und klagte seinem Diener, der als-
bald den Arzt holt ließ. Da die Schmerzen im
Laufe des Vormittags etwas nachließen, ver-
ließ der General das Bett, das er aber bald
wieder aufsuchte. Ohne irgend welchen Todes-
kampf verschied er plötzlich um 2 1/2 Uhr
Nachmittags in Folge eines Herzschlages.
Die Gattin glaubte, der Kranke schlummere
noch, als er bereits eine Leiche war. Die Theil-
nahme an dem Trauerfall ist in Destrich, wo
der Verstorbene über 20 Jahre gelebt hat und
von jedermann hochverehrt wurde, allgemein.
v. Stosch kaufte bereits im Jahre 1875, als er
noch im activen Dienst war, eine mittelgroße
einfache Villa mit großem Garten und Weinbergen.
Nachdem er anfänglich nur einen Theil des
Sommers hier verbrachte, siedelte er nach seinem
Uebertritt in den Ruhestand ganz hierher über.

bei Metemeh am 8 März 1889, nachdem er
Johannes' Neffen Ras Mangascha, der von
seinem Oheim zum Nachfolger bestimmt worden
war, verdrängt hatte. Menelik selbst war Johannes'
Schwiegersohn. Anfangs stellte er sich bekanntlich
sehr freundlich zu den Italienern und erkannte
ihre Oberhoheit scheinbar an, bis er endlich,
als die Italiener einen Aufstand nieder-
werfend, die Canakische Tigris besetzten,
die Maske abwarf und nun seine ganze Macht
von angeblich fast 100 000 meist wohlbewaffneter
Krieger gegen die Italiener in Tigre concentrirte.
Als Sieger marschirt er jezt vorwärts. Wird es
gelingen, den ebenso verschlagenen als tapferen
und energischen Heerführer aufzuhalten?

Seine Tugde verrathen, daß er ein Mann der
That und des, wenn nötig, rücksichtslosen Durch-
greifens ist. Die Entschliessungen jedenfalls, die
unter seiner schlichten Königsbinde jezt reifen,
bedingen den ganzen weiteren Verlauf des abessy-
nischen Krieges und — vielleicht auch das Schicksal
der ganzen dort stehenden italienischen Armee.

Bermühtes.

Friedmanns Verteidigungsschrift,
welche Advokat Caine in Paris dem Justizminister
überreichen wird, ist, wie dem „Berl. Tagebl.“ be-
richtet wird, nur wenige Seiten stark. Sie ent-
hält drei Abjäge. Der erste Abjag soll die An-
schuldigung des Vertrauensmißbrauchs in schon
dargelegter Weise entkräften. Friedmann be-
hauptet, daß nur ein einziger Fall gegen ihn
vorgebracht werden könnte, der Fall, in welchem
es sich um eine Summe von 6000 Mk. handelte,
die er angeblich unterschlagen haben sollte, er er-
klärt, die Summe als Darlehn erhalten zu haben.
Der zweite Abjag beschuldigt sich mit dem Zu-
sammenbruch der Rheinisch-Westfälischen Bank.
Friedmann erklärt, daß er an der Bank so gut

Er nahm den innigsten Antheil an den Gemein-
deregeln. Seinen Weinbergbesitz vergrößerte er
noch durch neue Erwerbungen. Mit Lust und
Liebe widmete er sich dem Weinbau und auch
hier zeigte sich sein organisatorisches Talent. Was
die Weinblätter Neues brachten, wurde in
den v. Stosch'schen Weinbergen praktisch ver-
sucht.

Im Abgeordnetenhaus.

Ist auch gestern die Generaldebatte über das Ge-
halt des Cultusministeriums mit ungeschwächten
Kräften fortgesetzt worden. Diese Debatte könnte
ebenso gut vier Tage wie vier Wochen dauern;
ein praktisches Ergebnis ist von vornherein aus-
geschlossen. Eine erheiterte Episode war es, als
Minister Dr. Boffe dem Abgeordneten Dr. a. Jaj-
dzewski den Namen des polnischen Geistlichen mit-
theilte, der deutschen Kindern den Communica-
tionsunterricht in ihrer Muttersprache verweigert habe.
Herr a. Jajdzewski hatte, naiv wie die Polen
sind, um den Namen des Betreffenden gebeten,
worauf der Cultusminister constatirte, daß es der
katholische Priester o. Jajdzewski, Mitglied des
Abgeordnetenhauses selbst sei.

Englands Flottenverstärkung.

London, 3. März. Der erste Lord der Admi-
ralität Goschen entwickelte gestern im Unterhaus
das Flottenprogramm und schlug folgende Schiffs-
bauten vor: 5 Schlachtkräfte, 4 Kreuzer erster
Klasse, 3 Kreuzer zweiter Klasse, 6 Kreuzer dritter
Klasse und 28 Torpedoboot-Zerstörer. Er schloß
seine Rede:

Die Vorschläge waren begründet durch die besonderen
Lebensverhältnisse Englands, das seine entfernten Be-
sitzungen und seine Verproviantirung sowie die Ver-
theidigung seiner eigenen Küsten in Betracht ziehen
müsse. Redner bekämpfte die Auffassung, daß er gesagt
habe, England sei gleichgültig gegen die Freundschaft
anderer Mächte. Die gegenwärtigen Vorschläge zeigten
im Gegentheil, daß die Flottenverstärkung England zu
einem werthvolleren Freunde machten. Indessen, ob
wir isolirt dastehen oder nicht, unter allen Umständen
müßten wir, daß die Flotte das Vertrauen unseres
Landes und der eigenen Macht darstelle.

Die Schiffsbauten sollen im Jahre 1899 voll-
endet sein. Die Aufwendungen für dieselben
werden zehn Millionen Pfund Sterling betragen
und auf drei Jahre vertheilt werden.

Die Spannung zwischen Spanien und der Union.

Alle Rundgebungen gegen das Votum des
Senates in Washington, die cubanischen Insur-
genten als kriegführende Partei anzuerkennen,
sind auf das Repräsentantenhaus ohne Einfluß
geblieben. Es wird uns auf dem Drahtwege
gemeldet:

Washington, 3. März. Das Repräsentanten-
haus hat mit 263 gegen 80 Stimmen die
Resolution hinsichtlich Cubas analog derjenigen
des Senates angenommen, wonach die Aufständ-
lichen in Cuba als kriegführende Macht an-
erkannt werden. Es hat nur den Passus des
Senatsbeschlusses, in welchem der Präsident auf-
gefordert wird, Spanien behufs Anerkennung der
Unabhängigkeit Cubas seine Dienste anzubieten,
durch einen Passus ersetzt, in welchem die Zer-
störung des Eigenthums auf Cuba bedauert und
die Einführung einer aus der Volkswahl hervor-
gegangenen Regierung auf Cuba empfohlen wird.
Die Regierung solle zu diesem Zweck ihren Einfluß
in freundschaftlicher Weise ausüben. Weiter er-
klärt der Beschluß, daß in diesem Falle, entgegen
den sonstigen Gepflogenheiten, sich in Streitig-
keiten einer europäischen Macht und deren
Colonien nicht einzumischen, der Congress der
Ansicht sei, daß die Regierung vorbereitend sein
müsse, Amerikas Interessen durch eine Intervention
zu schützen. Eine Besprechung zwischen dem
Repräsentantenhaus und dem Senat habe diese
Nothwendigkeit ergeben.

In Spanien wird dieser Beschluß die schon
vorhandene Erregung noch mehr steigern. Wie
groß dieselbe schon ist, beweist die scharfe Sprache
der spanischen Presse. Gestern schrieb der „Im-
parcial“, wenn die cubanischen Angelegenheiten
dahin kommen, wo die Amerikaner sie hin haben
wollten, werde ganz Spanien sich erheben und
einen Korsearenkrieg gegen die amerikanischen
Handelsfahrzeuge führen.

Die Verlauten, haben bereits einige italienische
Schiffs-Reeder der spanischen Regierung den Ver-
kauf oder die miethweise Ueberlassung von
Dampfern angeboten, damit die letzteren für den
Fall eines Krieges mit den Vereinigten Staaten
als Akerfahrzeuge armirt würden.

Ueber eine neue Studentendemonstration wird
uns heute gemeldet:

Barcelona, 3. März. Gestern kam es zu neuen
Studenten-Rundgebungen gegen die Union.
Dieser Vorfall ist um so bedauerlicher, als die

wie unbetheiligt gewesen, und daß er für
das Vergehen der Leiter der Bank keiner-
lei Verantwortung trage. Der dritte Ab-
jag sucht darzuthun, daß Friedmann aus
politischen Gründen verfolgt werde. Er habe vor
einiger Zeit in Leipzig einen hohen preussischen
Beamten vertheidigt, welcher wegen Verletzung
eines Staatsgeheimnisses angeklagt war. Dieser
habe Friedmann Dokumente mitgetheilt, welche
politische Wichtigkeit besaßen und eine besonders
hochstehende Persönlichkeit betrafen. Diese Docu-
mente habe Friedmann photographirt und sie
wollte er in der vielmehrten Broschüre ver-
öffentlichen. Friedmann bleibt dabei, daß diese
Broschüre bei Ollendorf in Paris erscheinen solle.
Das Memorandum versucht, die französischen Be-
hörden davon zu überzeugen, daß die deutsche
Regierung vor allem die Veröffentlichung jener
Dokumente verhindern wolle und darum die Aus-
lieferung Friedmanns verlange. Die Mittheilungen
über den letzten Abjag der Verteidigungsschrift
sind wohl mit Vorbehalt aufzunehmen.

Hammerstein und Stöcker auf der Bühne.

Das Schauspiel „Die Moralisten“ von Friedrich
Pastor war vom Director des National-Theaters
in Berlin zur Aufführung angenommen worden.
Vom Polizeipräsidium wurde die Aufführung ge-
statet, jedoch unter der Einschränkung, daß der
Name v. Hammerstein durch einen anderen Namen
ersetzt wird und der Darsteller dieser Rolle die
Maske des Freiherrn v. Hammerstein nicht trägt.
Ebenso wenig darf der Darsteller des Constistorial-
raths Weisenheid die Maske des Hofpredigers a. D.
Stöcker und der Herzog die Maske des Kaisers
tragen. Schließlich darf auch der Dragoner-
Leutnant nicht in Original-Uniform auftreten.

spanische Regierung sich nach einer Depesche des
amerikanischen Gesandten in Madrid, Taylor,
bereits erboten hatte, für den Zwischenfall in
Barcelona am Sonntag volle Genugthuung zu
gewähren.

Die Katastrophe in Tigre.

Rom, 3. März. Der „Popolo Romano“ und
der „Messager“ nennen Baratteris Angriff auf
die feste Stellung der Schoaner einen wag-
haften Versuch, um nach vor Baldissaras
Ueberrahme des Oberbefehls einen ruhmvollen
Erfolg zu erringen. Die schwierig gewordene
Lage des Expeditionscorps, dessen Rückzug nach
Asmara (unweit von Massaua) vermutlich wird,
bedarf der größten Kaltblütigkeit des Ober-
Commandos und der Energie der Regierung.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. März. Die Wahl des altkatholischen
Bischofs ist auf den 4. März festgesetzt.

Die „Volkszeitung“ befaßt sich mit der Finanz-
minister Dr. Miquel zur Schadloshaltung der
Städte bei dem Lehrgesetz noch eine Million
geben wolle. An den Entschädigungen, welche
er alsdann den Städten für den Ausfall in Folge
der Neugestaltung der Staatsbeiträge und Alters-
zulagen als Zuschüsse gewähren will, sollen
aber nicht alle betroffenen Städte Theil haben,
sondern nur diejenigen sollen bedacht werden,
bei denen dadurch die nothwendig werdende Er-
höhung ihrer Communalsteuern mehr als 4 resp.
4 1/2 Proc. beträgt. Zu den Städten, welche Zu-
schüsse erhalten würden, rechnet die „Volksztg.“
auch Danzig.

Gegen Herrn v. Hammerstein ist die Ver-
untersuchung nunmehr abgeschlossen. Der Ver-
haftete ist in vollem Umfang geständig. Die
Acten sind dem Staatsanwalt zur Erhebung der
Anklage zugestellt worden. Es sollen nur wenige
Zeugen geladen werden.

Die Ablehnung des kaiserlichen Jagd-
schlusses in den Reichsständen. Der reichs-
ländische Landesausschuß hat bekanntlich die
Summe von 180 000 Mk. zur Errichtung eines
Jagdschlusses für den Kaiser abgelehnt. Die
„Berl. N. Nachr.“ werfen hierzu die Frage auf,
ob es von der Regierung besonders gefehlt
war, anstatt die Befriedigung eines etwa vor-
handenen Bedürfnisses der Berliner Hofverwal-
tung zu überlassen, die Landesvertheuerung um die
verhältnismäßig geringfügige Summe von
180 000 Mk. zu Gunsten der Person des Kaisers
in Anspruch zu nehmen und damit den deutsch-
feindlichen Elementen Gelegenheit zu einem so
wohlfeilen Erfolge zu geben, der indirect das
Reichsoberhaupt treffen mußte. Die Regierung
selbst aber durfte mit einer solchen Forderung
nicht auftreten, am allerwenigsten dann wenn sie
ihrer Sache nicht absolut sicher war.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß nach
Straßburger Mittheilungen die Forderung auch
unter den Altkatholiken, namentlich im unteren
Beamtenstande großen Widerspruch hervor-
gerufen hatte, zumal für eine vom Kaiser
vorausichtlich nur sehr selten zu benutzende An-
lage. So heißt es in einem Straßburger
Briefe des „Gann. Courier“: „... namentlich
in der niederen Beamtenwelt hat man
sich vielfach in bitterer Weise darüber unter-
halten, daß die sehr bedeutenden Kosten für
diese Anlage ohne die mindeste Schwierigkeit zu
beschaffen waren, während für die geringste Aus-
besserung der Beamtengehälter oder für andere
dringende Aufgaben die Mittel „nicht zur Ver-
fügung stehen“.

Die Altkatholiken und deren Rechtsver-
hältnisse sind wieder einmal Gegenstand der Be-
handlungen der Petitioncommission des Abge-
ordnetenhauses gewesen. Die Petitioncommission
wiederholt ihren früheren Antrag, welcher seiner
Zeit nicht zur Verhandlung im Plenum gelangt
ist, die Petition der Altkatholiken der Regierung
in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen,
daß sie mit dem Oberkirchencollegium der von
der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirchen
sich getrennt haltenden Lutheraner in Verhand-
lung trete über eine anderweitige gesetzliche Re-
gelung der Rechte derselben als einer öffentlich
anerkennenden Kirche, sowie über die Ge-
währung von Parochialrechten an dieselbe.

Es handelt sich insbesondere neben der Forde-
rung der Bildung von Parochien um die An-
erkennung der Parität der altlutherischen Geist-
lichkeit. Die Regierung hat sich allen über die
Concessionen von 1845 hinausgehenden An-
sprüchen der Altkatholiken bisher widerjezt unter
dem Vorgeben, daß die evangelische Kirche auch
die lutherische Kirche unverändert umfaßt und
deshalb die Bildung besonderer altlutherischer

Kleine Mittheilungen.

* Das Diplom eines weiblichen Doctors
ist gegenwärtig an dem schwarzen Brett der
Unterstadt Tübingen angeschlagen. Auf Grund
der Dissertation „über die Entwicklung der
Sculptur und der Zeichnung der Gehäuseschnecken
des Meeres“ wurde nämlich Gräfin Maria von
Linden (Burgberg) zum Doctor der Naturwissen-
schaften promovirt, und zwar cum laude.

* Die höchste Lebensversicherung in Schweden
hat König Oscar. Er ist mit 600 000 Kr. ver-
sichert. Ihm folgt Frhr. Karl Bonde mit
500 000 Kr.

* Hypnotische Demonstrationen. Die Minister
des Innern, der Medicinal- und geistlichen
Angelegenheiten haben in einem gemeinschaft-
lichen Rundschreiben die Polizeibehörden ange-
wiesen, die Veranstaltungen des bekannten
Hypnotiseurs Hansen im ganzen Bezirk der
Monarchie nicht mehr zu gestatten, weil es sich
bei den gedachten Vorstellungen um physiologische
Experimente handle, welche die Möglichkeit einer
Schädigung der Gesundheit bei den hierfür als
sogenannte Medien benutzten Personen mindestens
sehr nahe legen. Darnach dürfte wohl die Vor-
führung hypnotischer Experimente in der Öffent-
lichkeit für Preußen in der Zukunft überhaupt
ausgeschlossen sein.

Helsingör, 2. März. Durch eine Explosion
ist gestern auf der Station St. Andrae ein Eisen-
bahnwagen zerstört worden, wobei 2 Personen
getödtet und 7 verwundet wurden.

Petersburg, 2. März. In der letzten Nacht
ist in einem entlegenen Stadttheile in den Fabrik-
anlagen von Putilowsky ein von Arbeitern be-
wohntes Haus niedergebrannt. Acht verkohlte
Leichen sind gefunden. Die Nachforschungen unter
den Trümmern dauern fort.

König Menelik.



Angeichts des dramatisch gesteigerten Inter-
esses, welches die Vorgänge auf dem abessinischen
Kriegsschauplatz in diesen Tagen erwecken,
dürfte unseren Lesern auch eine Porträtskizze des
Königs Menelik von Abessinien willkommen sein.
Menelik, früher Fürst von Schoa, bestieg den
Thron Abessinien nach dem Tode des Königs
Johannes in der Schlacht gegen die Dermische

Parochien zu einer Vermittlung der Verhältnisse gegenüber der evangelischen Landeskirche führen müßte.

* Die antisemitische „Volksrundschau“, die in Berlin vor etwa 1 1/2 Jahren mit einer Anfangszahl von ca. 88.000 Abonnenten in's Leben trat, stellt ihr Erscheinen ein. — Die Herrlichkeit hat nicht lange gedauert.

Bei der antisemitischen „Volksrundschau“, die, wie oben gemeldet, eingegangen ist, soll dem „Volk“ zufolge gegen 600.000 Mk. zugeflossen sein. Die ungeheure Reclame, mit der das Blatt in's Leben gerufen wurde, soll gleich im ersten Monat fast 100.000 Mk. verschlungen haben. Dadurch gelang es, die Abonnentenzahl rasch auf 60.000 zu treiben. Aber es gelang nicht sie zu erhalten oder gar zu erhöhen.

* Vereinigung für körperliche und werkhätige Erziehung. Der Vorstand und Ausschuss der freien Vereinigung für körperliche und werkhätige Erziehung des Abgeordnetenhauses hielt auf Einladung des Vorsitzenden Abg. von Schenkendorf am 29. Februar eine Sitzung ab, in welcher die folgenden Punkte besprochen wurden: 1. Inwiefern entspricht der gegenwärtige Etat unserm vorjährigen Antrag? 2. Die innere Verbindung der jetzt in den oberen drei Klassen der Gymnasien und Realgymnasien einzuführenden 7. Stufenklasse mit der 3. Turnklasse; 3. Antrag auf Förderung des Fortbildungsschulwesens für die halbwüchsige Jugend von 14 bis 18 Jahren. An der eingehenden Debatte beteiligten sich besonders die Abgg. Bantelom, Dr. Gerlich, Jerusalem, Conrad-Glab, Metekamp und der Vorsitzende. Der Abg. Conrad referierte sodann über eine für die Woche vom 22.—28. März in Berlin geplante Ausstellung von Ergebnissen des Handfertigkeits-Unterrichts aus dem Neuroder Bezirk, die im großen Konferenzsaale des Kultusministeriums stattfinden soll.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 3. März.

Wetterausblick für Mittwoch, 4. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Tags angenehm, Nachts kalt, stichweise Niederschlag. Frischer Wind.

* Kaiser Wilhelm-Denkmal für Westpreußen. Betreffend die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in Danzig hat der Provinzial-Ausschuss dem heute zusammengetretenen Provinzial-Landtage folgende Vorlage unterbreitet:

Der XV. Provinzial-Landtag hat uns durch Beschluß vom 26. Februar 1892 ersucht, die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in der Hauptstadt Danzig seitens unserer Provinz und deren Bewohner in Anregung und seiner Zeit in Ausführung zu bringen. In den Verhandlungen des Provinzial-Landtages vom 26. Februar 1892 wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. in Danzig aus Beiträgen der Provinz, der Kreise, Corporationen und der Bewohner Westpreußens errichtet werden sollte. Die Förderung des Unternehmens wurde in unsere Hand gelegt und uns empfohlen, durch Aufrufe, sowie durch ein unmittelbares Zusammengehen mit den Kreisen und angesehenen Männern der Provinz den Gedanken der Denkmals-Errichtung in weitere Schichten der Bevölkerung hineinzutragen und zur Sammlung von Beiträgen, soweit sie neben den Bewilligungen der Provinz und der Kreise noch notwendig seien, anzuregen. Bei Beratung des uns erteilten Auftrages hatten wir am 24. September 1892 beschloffen, mit Rücksicht auf die noch immer andauernden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz und in der Erwägung, daß ein Standbild des Kaisers Wilhelm I. in Folge eines allerhöchsten kundgegebenen Wunsches in einer Nische des großen Sitzungssaales im Landeshause zur Aufstellung gelangen sollte, einstweilen davon Abstand zu nehmen, dem vorgedachten Beschluß des Provinzial-Landtages Folge zu geben. Seit Fassung des vorstehenden Beschlusses sind nunmehr vier Jahre verfloßen. Wir sind der Meinung, daß mit der Ausführung des Beschlusses des Provinzial-Landtages nicht länger gezögert werden darf. Einmal ist die Niederlegung der Danziger Festungswälle inzwischen vollendet, daß die Platzfrage mit Aussicht auf Erfolg erörtert werden kann. Sodann haben die aus Anlaß der 25jährigen Wiederkehr der Schlachttag des Jahres 1870/71 und der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches auch in unserer Provinz überall stattgefundenen erhebenden Festeisen in jedem patriotischen Herzen den Wunsch neu belebt, dem Gedenke der Dankbarkeit für die erhabene Person des verewigten ruhmgekrönten Monarchen auch in Westpreußen einen entsprechenden Ausdruck zu verleihen und sein gesegnetes Andenken der Nachwelt zu überliefern. Wir erachten es für angemessen, daß die Provinz unter diesen Umständen mit der Begründung eines Fonds für die Errichtung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. in Danzig beginnt und daß sie zu diesem Zwecke zunächst einen Betrag als Grundstock des Denkmals-Fonds hergibt, welchen wir auf 20.000 Mark bemessen zu sollen geglaubt haben. Diesem zinsbar anzulegenden Fonds sollen die Beiträge der Kreise und Corporationen und die Erträge der sonstigen Sammlungen zugeführt werden. Wir beantragen: „Der Provinzial-Landtag wolle die Einstellung des Betrages von 20.000 Mark beabsichtigen eines Fonds zur Errichtung eines Denkmals Kaiser Wilhelms I. in Danzig in den Hauptetat pro 1896/97 genehmigen“.

* Danziger Hypotheken-Berein. Dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Direction pro 1895 entnehmen wir folgende Mitteilungen: Schon unser vorjähriger Bericht bezeichnete es als wünschenswert, das Beleihungsgebiet des Vereines, welches ursprünglich auf die Städte Danzig, Elbing, Marienwerder, Graudenz und Thorn beschränkt war und Anfangs der 80er Jahre auf die Städte Danzig, Marienburg und Culm ausgedehnt wurde, abermals zu erweitern. Vor allem aber erschien es uns geboten, aufs neue eine Aufhebung der Bestimmung des Statuts in Erwägung zu nehmen, wonach jeder Anlehnsnehmer ein Prozent des Anlehns zum Referefonds des Vereines zu entrichten hat. Daß diese Verpflichtung von den Anlehnsjuden mit Recht als eine drückende empfunden wurde, ja, daß es schwer sein würde, mit derselben den Verein ferner concurrenzfähig zu halten, war uns seit Langem bewußt; es konnte sich nur fragen, ob der Referefonds des Anlehnsnehmer erfahren, in Zukunft entrichten könne. Diese Frage glaubten wir jetzt, wo der Referefonds auf über 700.000 Mk. angewachsen ist, wohl bejahen zu können. Wir haben dann unsere Wünsche in einem Antrage formuliert, welcher die Ausdehnung des Beleihungsgebietes auf sämtliche Städte der Provinz Westpreußen und ihre Vorstädte sowie die Aufhebung der vorgedachten Verpflichtung begehrt. Nachdem dieser Antrag die Zustimmung der Vereinsorgane gefunden hat, haben wir kürzlich für ihn die erforderliche landesherrliche Genehmigung nachgesucht. Hoffentlich findet er dieselbe bald.

Aus dem Vorjahr übernahmen wir 16 Anlehnsanträge über zusammen 495.800 Mk. Neu gestellt wurden während des Berichtsjahrs 83 Anträge über zusammen 1.909.800 Mk. Von diesen insgesamt 99 Anträgen über zusammen 2.405.600 Mk., von denen 15 im Gesamtbetrage von 389.200 Mk. auf Umwandlung in geringer verzinsliche Anleihe gerichtet waren, sind: 18 Anträge über zusammen 498.600 Mk. zurückgewiesen worden, 10 Anträge über zusammen 199.800 Mk. unerledigt geblieben, weil die Anlehnsjuden schließlich erklärten, die Anleihe erst zum Januar 1896 nehmen zu wollen, während auf die restlichen 71 Anträge über zusammen 1.707.200 Mk. 1.462.600 Mark, nämlich: 51.000 Mk. zu 6 Proc., 471.200 Mk. zu 5 Proc., 940.000 Mk. zu 4 1/2 Proc. bewilligt und angenommen sind. Von diesen neu begründeten Anlehnen entfallen auf Danzig 784.200 Mk., Thorn 269.400 Mk., Graudenz 131.000 Mk., Culm 100.000 Mk., Dirschau 98.000 Mk., Marienburg 50.400 Mk., Marienwerder 29.600 Mk. Abgelöst sind im Wege der Umwandlung 11 Anleihe über zusammen 269.600 Mk., ohne Umwandlung in Folge Kündigung der Schuldner 15 Anleihe über zusammen 427.200 Mk. Der Gesamtbetrag der Ablösungen war im Berichtsjahr demjenigen im Vorjahr nahezu gleich, dagegen der Gesamtbetrag der Neubeleihungen um beinahe 700.000 Mk. größer als im vorigen Jahre. Der Anlehnsbestand am Schlusse des Berichtsjahrs stellt sich wie folgt: 5.538.300 Mk. zu 6 Proc., 2.306.400 Mk. zu 5 1/2 Proc., 7.210.400 Mk. zu 5 Proc., 3.022.400 Mk. zu 4 1/2 Proc. An Vereins-Pfandbriefen waren am Jahreschlusse im Umlauf: 4.412.400 Mk. zu 5 Proc., 2.048.800 Mk. zu 4 1/2 Proc., 6.910.200 Mk. zu 4 Proc., 2.958.400 Mk. zu 3 1/2 Proc. Die Zahl der Vereinsmitglieder hat sich um 20 gehoben und betrug am Schlusse des Jahres 761, wovon 743, nämlich: 339 in Danzig, 142 in Graudenz, 107 in Thorn, 91 in Marienwerder, 27 in Elbing, 14 in Marienburg, 12 in Dirschau, 11 in Culm die Credithilfe des Vereines in Anspruch genommen hatten. Von Verlusten ist der Verein erfreulicher Weise verschont geblieben, namentlich hat er auch bei den zwei Zwangsversteigerungen, an welchen er theilhaftig gewesen ist, keinen Ausfall erlitten. Schließlich verweisen wir auf die von der Direction heute im Annoncenhefte veröffentlichte Bilanz pro 1895.

* Zum Provinzial-Landtag. Der Provinzial-Ausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, beim Provinzial-Landtage zu beantragen, das Gehalt des ersten Landesraths Hrn. Hynze, welches bis jetzt 7200 Mk. betrug, in dankbarer Anerkennung der seitens des Hrn. Hynze sieben Jahre hindurch der Provinz gewidmeten erprießlichen Thätigkeit auf 8700 Mk. zu erhöhen.

* Auch ein Jubiläum. Heute vor 25 Jahren fanden die ersten Wahlen zum deutschen Reichstage statt. In Danzig (Stadt) brachte diese Wahl noch keine Entscheidung. Es wurden bei einer Wahlbetheiligung von 50 Prozent der Wähler Stimmen abgegeben für Justizrath Cesse, damals in Thorn, später in Berlin (nationalliberal), 3570, Dr. Max Hirsch - Berlin (fortschrittspartei) 1563, Justizrath Mariens (cons.) 1406, Schulrath Wanjura (Centrum) 956, Johann Jacoby 19, Bebel 7 St. Bei der engeren Wahl wurde demnach Justizrath Cesse, der Danzig schon im norddeutschen Parlament 3 Jahre vertreten hatte, mit großer Majorität (4372 gegen 2167 St.) gewählt. Derselbe blieb bis 1874 Reichstagsabgeordneter Danzigs, lehnte dann eine Wiederwahl ab und es trat an seine Stelle Herr Richter. — Im Danziger Landkreise kam es heute vor 25 Jahren ebenfalls noch zu keiner Entscheidung. Dort erzielten Candrath v. Brauchitsch (cons.) 2715, Pfarrer Popielowski (Centrum u. Polen) 1800, Gutsbesitzer Thomsen-Jeserich (lib.) 1200 Stimmen. In der engeren Wahl siegte demnach v. Brauchitsch.

* Der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken hat am Sonntag einen Landesausschuss für Westpreußen, in den 70 Herren eintraten, und aus diesem den Landesvorstand wie folgt constituirt: Graf v. Alvensleben-Ostromecko, v. Bieler-Melno, Rechtsanwalt Wagner-Graudenz, Stadtrath Rosmach-Danzig, Major a. D. v. Hindenburg-Neudach-Graudenz wurde als Sitz des Landesausschusses gewählt.

* Gefiederte Frühlingsboten. Als Vorboten des nahenden Frühlings sind in unserer Umgegend die ersten Staare eingetroffen. Am Sonnabend und Sonntag vernahm man auf unseren Feldern auch bereits fröhlichen Lärchengesang.

* Dampfverbindung Danzig-Plehnendorf. Nachdem heute durch einen Eisbrechdampfer und durch den Habermann'schen Dampfer „Obern“ mehrere Fahrten durch die todt Weichsel gemacht worden sind, um die Fahrstraße eisfrei zu machen, werden die Habermann'schen Dampfer von morgen ab die Verbindung zwischen Danzig, Heubude und Plehnendorf wieder möglichst regelmäßig aufrecht zu erhalten versuchen.

* Bildungsverein. Gestern Abend hielt vor einer recht zahlreichen Zuhörerschaft Herr Lehrer Mannach über unsere Sternwelt einen Vortrag, in welchem er neben manchen Erscheinungen in derselben die jetzige Mondforschung, das Wesen der Kometen, Meteor u. s. w. näher erklärte. Am 15. d. M. wird Herr Professor Jens Lüben-Berlin im Verein einen Vortrag halten, der gleichfalls die Sternwelt behandelt und durch Demonstrationen erläutert wird.

* Taubenschuhverein. In der gestrigen Sitzung wurde beschloffen, die gemeinsame Beschäftigung von Taubenschuhmachern etc. bis zum Eintritt besseren

Wetters zu verschieben. Die von Herrn Kerp aus Gips fabricirten Taubenschuhe, welche vorgelegt waren, wurden als sehr brauchbar anerkannt; ebenso die eingefandten Taubenschuhe aus Aluminium zum Einzeichnen des Bestehers der Taube. Nach Aufnahme dreier neuer Mitglieder fand noch eine Verlosung von Tauben, die ein Vereinsmitglied gestiftet hatte, statt.

* Vortrag. In einer auf Veranlassung des Innungs-Ausschusses gestern im Gewerbehaussaale abgehaltenen, von einigen 30 Handwerkern sämmtlicher Branchen besuchten Versammlung hielt Herr Klempner-Direktor Theodor Kabs einen Vortrag über die Entfaltung und Entwicklung des Klempnerhandwerks, den er durch Vorlegung mehrerer Klempnerarbeiten und Abbildungen von Maschinen, mit denen dieselben hergestellt werden, erläuterte. Die älteste Chronik des Klempnerhandwerks datirt aus dem Jahre 1194. Redner zeigte eine etwa faußgroße, aus Gold und Perlen bestehende Krone vor, mit der seiner Zeit der Zeugmeister gekrönt wurde, und legte dann ein altes noch recht gut erhaltenes Protokoll-buch des Meisterbuchs der hiesigen Klempner-Innung aus dem Jahre 1732 vor. Der Vorsitzende des Innungs-Ausschusses, Herr Herzog, dankte dem Vortragenden namens der Versammlung für seine interessanten Ausführungen.

* Lamborg-Soirée. Am Freitag dieser Woche giebt der Alavier- und Gesangsverein Hr. Lamborg, über dessen ebenso eigenartige als erstaunliche Kunstfertigkeiten auf dem Gebiet des musikalischen Humors wir zu Anfang dieses Winters mehrfach zu berichten Gelegenheit hatten, hier wieder einen Unterhaltungsabend im Apollosaale. Die bloße Parodie, oder die Bemühung, am Alavier humoristisch zu wirken, würden ähnliche Erfolge niemals erzielen können, wenn sie ohne jene eminente musikalische Begabung geboten würden, wie sie Lamborg verliehen ist. In ihm vereinigen sich Kunst und Technik, Pianist und Schauspieler, Sänger und Recitator in so glücklichem Maße, daß die eine dieser brillanten Eigenschaften die andere immer im rechten Moment ergänzt und abbläst. Den Musiker und kunstverständigen Hörer fesselt er dazu in der exceptionellen Kunst der musikalischen Improvisation und durch ein bewundernswürdiges Gedächtniß, das ihn nie im Stiche läßt. Sein „Weltreißer der Melodien“, den er nach gegebenem oder zugerufenen Melodien combinirt, ist kein leeres Potpourri, das ein Motiv an das andere reiht, sondern eine mirthliche, oft werthvolle Improvisation in der Gestaltung der Uebergänge, der Modulation und der ingeniosen Verbindung des Ernstes mit dem Komischen. Derartige Leistungen stellen Lamborg in die Reihe seltener Künstler. — Freunden des Humors seien Lamborgs Soirées zu heiterer Anregung empfohlen.

* Kinderfestlichkeit. Zu Sonntag Abend hatte die Tanzlehrerin Frau. Franziska Günther eine Tanzstunde mit ihren kleinen Schülern und Schülerinnen im Saale des Bildungsvereins angereicht, in der die Alavien in Gegenwart ihrer Angehörigen eine Probe ihres Könnens ablegten. Graciously wurden sowohl die Kund- als auch die Tarentänze ausgeführt. Den Schluß der Tanzstunde bildete eine Fackelpolonaie bei bengalischer Beleuchtung in den verschiedensten Variationen.

* Prämie. Dem Schiffschimmergefallen August Wegner hier selbst ist vom Herrn Regierungs-Präsidenten für sein rühmliches Verhalten bei der Rettung der am 20. August v. J., Abends, in den Rielgraben gesunkenen unerschuldeten Pajulle Matshull eine Prämie von 30 Mk. bewilligt worden.

* Abänderung der ortsüblichen Arbeitszeit. Seit gestern ist in den Verhältnissen unserer freien Arbeiter die übliche Aenderung in Bezug auf Beginn, Mittagspause und Schluß der Tagesarbeit eingetreten. Arbeitsanfang ist 7 Uhr Morgens; Mittagspause dauert von 12—1 Uhr für Arbeiter bei fleißigeren Tagen und von 12—2 Uhr für solche bei Arbeiten, die unter Steuerrückblick ausgeführt werden, und Feierabend ist 6 Uhr Abends. Dementprechend sind auch die Dienststunden mehrerer öffentlicher Behörden, wie der Steuerbehörde, festgelegt.

* Abiturientenprüfung. In der heute unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrath Dr. Arufe im Realgymnasium zu St. Johann abgehaltenen Reiseprüfung befaßten die 11 Oberprimaner, welche in die Prüfung eingetreten waren, 3 davon nach mündlicher Prüfung. Es waren: Bach (Baufach), Biber (Germanistik), Buchwald (Ingenieur), Ewert (Post), Lisse (Medizin), Wehling (Post), Pieger (Militär), Popcke (Baufach), Sieg (Baufach), Sprenger (Maschinenbau-fach), Sohe (Baufach). In der ebenfalls heute unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrath Dr. Arufe und in Anwesenheit des Herrn Schulrath Dr. Damas abgehaltenen Reiseprüfung erhielten im Realgymnasium zu St. Petri und Pauli die 5 Abiturienten Grönke, Holthe, Agt, Behrendt, Stein das Zeugniß der Reife.

* Verhaftung. Gestern wurde der Fleischer Karl A. dabei betroffen, als er mit sogen. „Brandbriefen“ die Mithätigkeit unserer Stadtbewohner in Anspruch nahm. Es stellte sich heraus, daß diese Briefe gefälscht waren und A. wurde daher unter der Beschuldigung der Urkundenfälschung verhaftet.

* Selbstmord. Durch die Herren Kreisphysici Dr. Schäfer und Dr. Steger wurde gestern in Prinzplaff die Section der Leiche der Arbeiterfrau Schmidt vorgenommen und festgestellt, daß diese sich erhängt hat. Gerüchte von einem Todtschlag an der Frau erweisen sich durch diese ärztliche Feststellung als falsch.

* Strafhammer. In der heutigen Sitzung kam ein längerer unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Prozeß gegen die Kellnerin Olga Lillenthal, geb. Manert, jetzt in Königsberg, wegen wissentlicher falscher Anschuldigung zur Verhandlung. Die Angeklagte war von ihrem Manne geschieden und hatte denselben wegen eines angeblich an seiner eigenen Tochter verübten Attentats denuncirt. In der Verhandlung wurden zahlreiche Zeugen vernommen. Die Angeklagte, welche von Herrn Rechtsanwalt Bielowicz vertheidigt wurde, wurde freigesprochen.

* Polizeibericht für den 1. und 2. März. Verhaftet: 43 Personen, darunter: 1 Person wegen Körperverletzung, 1 Person wegen Diebstahls, 37 Diebstahls. — Gefunden: 1 Stück Schweinefleisch, 1 Schieb-buch, 1 Portemonnaie mit Pfandzeichen, abgehoben aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 schwarzer Arminstragen, 1 silberne Herren-Remontuhr, 1 Portemonnaie mit 35 Mark und 2 halbe Mark, 1 Lederbeutel mit ca. 24 Mark, abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

* Polizeibericht für den 3. März. Verhaftet: 22 Personen, darunter 1 Person wegen Hausfriedensbruchs, 1 Person wegen Unterschlagung, 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Trunkenheit, 1 Bettler, 15 Diebstahls. — Gefunden: 1 Schlüssel, abgehoben im Polizei-Revier-Bureau zu Langfuhr, 1 Ausweishefte und 1 Gefundenbuch auf den Namen des Arbeiters Franz Helminski, 2 kleine Schlüssel am Ringe, abgehoben aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 goldene Damenremontuhr mit kurzer silberner Kette, 1 Portemonnaie mit 16 Mk., 1 Gefundenbuch auf den Namen Agnes Cohn, 1 Cotten-Loos, 1 Bismuth, 1 blauer Beutel mit ca. 20 Mk., 1 Pferdebedeckung, abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

n. s. Schöneberg a. d. Weichsel, 1. März. Der Dachdecker Woywod von hier stürzte bei der Arbeit so unglücklich zur Erde, daß er das Genick brach und nach kurzer Zeit verstarb. Er hinterläßt eine Wittwe und schon erwachsene Kinder.

Graudenz, 2. März. Ein größeres Feuer legte heute Nacht das Wirtshaus in der Alten Straße nebst Hinterhaus in Asche. Der Brand entstand um 1 1/2 Uhr und griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß an Bergung der Habseligkeiten der Bewohner, die bei Ausbruch des Feuers im tiefsten Schlafe lagen, nicht zu denken war. Das Haus war von unten bis oben mit so dichtem Rauch gefüllt, daß es unmöglich war, über die Treppen sich zu retten. Herrn Jenke, der in dem Hause ein Geiler- und Spielmaaren-Geschäft betreibt, gelang es, aus einem Vorraum ein Seil zu holen; an diesem ließ er seine Familie durch das Fenster auf die Straße hinab. Der Schwiegervater des Herrn J., der von dem Qualm halb betäubt war, wurde von einem Trompeter der Artillerie mittels einer Leiter gerettet. Die freiwillige Feuerwehr hatte neun Stunden angestrengt zu thun, um die drohende Gefahr für die Nachbargebäude zu beseitigen. Man vermuthet, daß Brandstiftung vorliegt. Als dringend verdächtig, diese verübt zu haben, ist das bei Herrn Wirtshaus beschlagnahmte Dienstmädchen verhaftet worden. (Cef.)

d. Aus dem Kreise Culm, 2. März. Eine Auh als Inhaber des eisernen Kreuzes. Ein Arbeiter aus Pöbmitz kaufte vor einiger Zeit eine Auh, welche bald nach dem Kaufe geschnitten werden mußte. Im Magen fand man neben einigen Nägeln und Haarnadeln ein wohl erhaltenes eisernes Kreuz. Dasselbe muß im Futter von der Auh aufgenommen worden sein.

8. Arojanke, 2. März. Bezüglich des Mordes an dem Pfarrer Wodda zu Friedheim hat der hiesige Gendarm Weber der Staatsanwaltschaft eine Anzeige erstattet, auf Grund welcher die Nachforschungen nach dem Mörder wieder aufgenommen worden sind. Der Gendarm Michalsch aus Gubice hat hier nämlich im Frank'schen Lokale geäußert, daß ihm ein nach Namen unbekannter Mann aus Friedheim, den er aber bei Gegenüberstellung sofort erkennen würde, gesagt habe, eine ebenfalls in Friedheim wohnhafte Persönlichkeit habe ihm erklärt, daß entweder er, der nun muthmaßliche Mörder, oder der Pfarrer Wodda aus der Welt müßten, worauf alsbald das Verbrechen verübt wurde.

Frauenburg, 29. Febr. Seit Mitte December v. J. sind hier, wie die „Cib. Stg.“ berichtet, nur ein kleines Kind und eine alte Frau gestorben; dagegen 26 Kinder geboren worden. Wenn das so fortgeht, ist Frauenburg im nächsten Jahrhundert eine Großstadt.

* Insterburg, 1. März. Bezüglich der von der „Ostf. Volksztg.“ gemeldeten Controlirung eines Gemeindevorstehers durch den Gendarmen veröffentlicht Herr Candrath Braich in dem genannten Blatte eine Berichtigung, in welchem er sagt:

„Weil erfahrungsmäßig eine große Anzahl der Gemeindevorsteher die Gemeindegliederliste vom 15. bis 30. Januar, wie es die Landgemeindeordnung vorschreibt, nicht auslegt, habe ich kraft der dem Candrath auf Grund der Landgemeindeordnung zustehenden Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden die Gendarmen angewiesen, „in ihrem Bezirk bei den Gemeindevorstehern gelegentlich festzustellen, ob die Gemeindegliederliste vom 15. bis 30. Januar ausliegt resp. ausgelegt hat“, nicht aber wie fälschlich angegeben ist, „die Liste einer Revision zu unterziehen“.

Der Unterschied ist allerdings sachlich wesentlich — aber nicht gerade sehr wesentlich für die principielle Seite der Angelegenheit. Seine Diplomatie pflegt bei solchen „Feststellungen“ doch nicht grade Sache der Gendarmen zu sein.

XIX. Provinzial-Landtag der Provinz Westpreußen.

Erster Sitzungstag.

Danzig, 3. März.

Im großen Sitzungssaale des Landeshauses, an dessen Giebel die deutsche, preussische und westpreussische Flagge wehten, wurde heute Mittag um 12 Uhr der 19. westpreussische Provinzial-Landtag von dem Staatscommissar, Herrn Oberpräsidenten v. Gopfert, mit folgender Ansprache eröffnet:

„Hochgeehrte Herren! Als königl. Commissarius habe ich erneut die Ehre und die Freude, die Herren Vertreter der Provinz Westpreußen hier willkommen zu heißen.

„Mit aufrichtigem Danke gegen Gott haben wir zu bekennen, daß die Seuche, welche drei Jahre lang Westpreußen gefährdet hatte, in dem abgelaufenen Jahre uns verschont hat und daß auch durch sonstige Unglücksfälle die Schwierigkeiten, welche auf allen Gebieten der erwerbenden Thätigkeit lasten, nicht vermehrt sind.

„Die Erwartungen, welche sich an die Eröffnung der neuen Weichselmündung hinsichtlich der Abführung des Eises und des Hochwassers knüpfen, haben sich, soweit die im Laufe der beiden letzten Monate gemachten Erfahrungen ein Urtheil gestatten, vermindert. Auch gewinnt nach der kürzlich im Landtage seitens der hgl. Staatsregierung abgegebenen Erklärung die Hoffnung an Bestand, daß die von den Beteiligten erlebte, von dem Wasserausfluß befürwortete Regulierung des Hochwasserprofils der Weichsel über Dirschau aufwärts bis zur Abzweigung der Nogat in naher Zukunft zur Ausführung gelangt.

„Nachdem die von Ihnen beschlossenen Satzungen für die Landwirthschaftskammer der Provinz Westpreußen unter dem 3. August v. J. die allerhöchste Genehmigung gefunden haben, hat sich die Landwirthschaftskammer vor wenigen Tagen constituirt und ihre Arbeiten aufgenommen. Die Einmüthigkeit, mit welcher der Uebergang der gesammten Organisation des Centralvereins westpreussischer Landwirthe auf die Kammer beschloffen worden ist, bekräftigt die Zuversicht, daß das in einer langen freien Vereinsstättigkeit geschaffene Gute sich mit den Vortheilen der neuen corporativen Ausgestaltung des landwirthschaftlichen Berufsstandes verbinden wird, ohne eine zeit- und sachgemäße Entwicklung der landwirthschaftlichen Einrichtungen für die Zukunft zu erschweren.

„Die für landwirthschaftliche Meliorationen seit einigen Jahren bewilligten Beihilfen werden, wenn Sie die Vorschläge des Provinzial-Ausschusses gutheißen, eine weitere dankenswerthe Vermehrung erfahren und in Folge der Vertiefung, welche über die Verwendung der von Staat und Provinz gemeinsam zu Meliorationszwecken zur Verfügung gestellten Mittel erzielt ist, wird sich eine neue Quelle der Förderung des landwirthschaftlichen Betriebes eröffnen.

„Mit Hilfe des von Ihnen bewilligten Zuschusses hat im abgelaufenen Jahre die Münsterwalder Eindeichung in ihrem oberen Theile ausgeführt werden können und, da durch den bisherigen Verlauf des Eisgangs und des Frühjahrschneefallers die neuen Anlagen eine Beschädigung nicht erfahren haben, so erscheint die Annahme begründet, daß in diesem Jahre das Werk, welches die Münsterwalder Niederung vor weiterer Verfallung schützen soll, zur Vollenbung gelangt.

„Eine ähnliche Angelegenheit wird Ihrer Beschlußfassung sehr unterbreitet und im Interesse der schwer gefährdeten Ressaar Niederung erscheint der Wunsch gerechtfertigt, daß die gegen die Betheiligung der Provinz an ihrer Bedienung bestehenden Bedenken gehoben werden möchten.

„Für den Ausbau des Chausseeweges hat die Provinzialvertretung allezeit erhebliche Opfer gebracht, welche ihr in allen Theilen der Provinz eine dankbare Anerkennung gesichert haben, und, daß auch in des

